

## ARBEIT UND BROT

Brot (für Nahrung) und Arbeit (für Tätigsein), diese beiden primären bzw. sekundären Grundbedürfnisse sind in der Entwicklung der Menschheit seit langem verschwistert bis hin zum rigorosen „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ einerseits und zum Entbehrlichmachen bei manchem Reformier wie Morris andererseits, der die Landarbeiter in weißen Flanell gekleidet sehen wollte.

Sowohl „Arbeit“, als „Brot“ haben heute einen anderen Stellenwert als früher und es ist die Frage, ob ein Bedeutungswandel auch für ihre gegenseitige Abhängigkeit gilt. Der ILO (International Labor Organisation) zufolge, sind weltweit 1 Milliarde Menschen, d. h. fast 1/3 der Weltbevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Für den Hunger dürften ähnliche Zahlen gelten. Das ist kein Zufall, denn diese Weltarbeitslosigkeit dient in unserem herrschenden skrupellosen Wirtschaftssystem der Ellenbogenmentalität als Hebel, die Lohnkosten weltweit niedrig zu halten oder besser noch zu reduzieren. Dies wird zukünftig in zunehmendem Maße auch für die Erste Welt und höher qualifizierte Berufe gelten. **Menschliche Ressourcen (Arbeitskraft) brach liegen zu lassen, ist das deutlichste Zeichen für das Versagen des derzeit praktizierten Kapitalismus.**

**Die Verdienenden, die Besser- wie die Minderverdienenden haben ihr Arbeits-Los zu tragen, die Nichtverdienenden ihre Arbeitslosigkeit.** Kein Wunder, dass allmählich immer mehr Arbeiten mit Malochen und Nichtarbeiten mit Cleverness gleichgesetzt wird.

„Wenn wir die Arbeit billiger machen, schaffen wir mehr Arbeit“, ist das derzeitige Credo. Die Arbeit kann man, bleibt man beim jetzigen System, aber nur durch Lohnreduzierung und Senkung der Lohnnebenkosten verbilligen. Da aus „politischen“ Gründen eine Reduzierung der Löhne nicht möglich erscheint, stürzt man sich (mit verschiedenen Ansätzen) auf die Lohnnebenkosten. Wie problematisch es beispielsweise ist, den Anteil der Sozialabgaben herabzusetzen, sieht man daran, dass die Löcher im Sozialetat dadurch immer größer werden und „anderweitig“ (aber doch immer durch uns) gestopft werden müssen.

**Solange wir an der Struktur der jetzigen Arbeitsformen festhalten, wird keine nachhaltige Verbesserung in der Beschäftigungsstatistik zu verzeichnen sein.**

Wie aber kann „die Arbeit“ reformiert werden? Dazu ist ein kurzer Blick auf die jetzige Struktur nötig. Dabei liefert der Arbeitnehmer seine Tätigkeit einem produzierenden Betrieb (im weitesten Sinne) und erhält dafür eine feste Vergütung aus dem Gewinn. Arbeitnehmer und Arbeitgeber stehen sich jeweils quasi unabhängig gegenüber, das heißt, der Arbeitnehmer kann seine Tätigkeit aufgeben oder entlassen werden, der Arbeitgeber kann so wirtschaften, wie es ihm beliebt, auch den Betrieb schließen, wenn er Anlass dazu hat. Diese Konstellation bewirkt in einem mit dem Bewusstwerden des Arbeitnehmers von seiner Rolle zunehmenden Maße eine Tendenz weg von der „Arbeit“ zum „Job“, was auch bedeutet, dass sich der Arbeitnehmer nicht mit seiner Tätigkeit identifiziert. Dies wird oft vom Arbeitgeber aus naheliegenden Beweggründen unterstützt.

Nun ist dieser Vorgang aus verschiedenen Ursachen gerade in Deutschland noch nicht so ausgeprägt, wie in anderen Ländern, extrem etwa den USA. Noch gibt es bei uns Arbeitnehmer, die sich dem Betrieb zugehörig fühlen und sich sogar mit Beinamen des Betriebes wie „Eisenbahner“ zu erkennen geben.

Wenn aber die Fähigkeit des Arbeitnehmers und das Tätigkeitsfeld im Betrieb dauerhaft übereinstimmen sollen, muß das „Gegenüber“ von Arbeit und Betrieb gemindert werden, d. h. **es darf nicht länger Qualifikation vernichtet werden.**

Das bedeutet, dass man von der Vorstellung „fester“ Gesamtvergütung abkommen und in Richtung auf gesicherte Löhne als Grundlage fürs „tägliche Brot“ gehen muß. Denkbar ist ein Lohngrundstock, der sich am Existenzminimum orientieren kann, welcher nach dem alten Vergütungsmodell (aber abgesicherter) gezahlt wird. Darauf sattelt sich ein ertragsabhängiger Anteil, bei dem Gewinn und Risiko des Betriebes mitgetragen werden. Für die Betriebsleitung und die Betriebsinhaber muß das gleiche System gelten. Dies kann nur funktionieren, wenn die Mitsprache der Arbeitnehmer gesichert ist, allerdings nicht durch Zwischenträger wie etwa einen Gewerkschaftsfunktionär, sondern durch unabhängige Vertrauensleute.

Ich höre schon das Geschrei: „Sozialismus, Enteignung.“ Das Modell hat aber weder mit dem einen noch dem anderen zu tun. Man kann es eher **kapitalistischkommunistisch** nennen. Es regelt überdies besser die Verteilung bisher sozialisierter Kosten und – bei entsprechenden Voraussetzungen – die Inanspruchnahme des „Gemeinbesitzes“ (Boden, Luft, Wasser ...). In anderen Ländern zeigt – ein erster Schritt – ein steuerfinanziertes Sozialsystem mit Grundsicherungen und zusätzlicher Eigenvorsorge bereits den richtigen Weg.

Eine positive „Nebenwirkung“ besteht darin, dass der „Abstand“ zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten nicht mehr so in die Waagschale fällt. Jeder von ihnen besitzt eine Basis zur eingeschränkten Lebensführung. Zuverdient und Verdient klaffen nicht mehr so grundsätzlich auseinander.

Zudem bewirkt die direkte Zusammenarbeit, das Zusammenwirken von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, dass manche Zwischenverdiener überflüssig werden, insbesondere die Gewerkschaften in ihrer derzeitigen Form.

Auf der Seite der Betriebe entstünde durch die „Abstimmung mit der Arbeitskraft“ der Arbeitnehmer eine gesunde Konkurrenz, weniger um das neueste Produkt, als um die Bewahrung des „Arbeitskräftepotentials“. Das heißt, soziale Fragen erhalten eine höhere Bewertung.

Letztendlich schafft die Basisvergütung, die von Seiten des Betriebes nach Art eines „Feuerwehrrfonds“ abgesichert werden könnte, den Menschen die Sicherheit, langfristig besser disponieren zu können mit der zusätzlichen Auswirkung auf konstanteren Konsum.

Im Zusammenhang mit der heutigen Diskussion über neue Arbeitsformen fällt oft der Begriff von der „Umstrukturierung des Arbeitsmarktes“. Es lohnt

sich, über seinen Inhalt nachzudenken. „Umstrukturierung“ bedeutet ja nichts anderes, als eine Veränderung und „Arbeitsmarkt“, dass etwas – hier die Arbeitskraft eines Menschen – dem Markt und damit dem sogenannten „freien Spiel der Kräfte“ ausgeliefert werden soll. Damit im Zusammenhang erheben sich zwei Fragen: Zu wessen Lasten soll eine Veränderung vorgenommen werden und wie sieht der „Markt“ aus, auf dem dies geschehen soll?

Das ganze Konzept solcher Veränderung soll auf den Erfahrungen des US-Arbeitsmarktes mit seiner vergleichsweise niedrigeren Arbeitslosigkeit beruhen. Deshalb lohnt sich ein Blick in die USA, wo seit den 80er Jahren ein großer Teil der Arbeitnehmer aus (gewerkschaftlich) abgesicherten, gut bezahlten Arbeitsstellen in Niedriglohnjobs abgedrängt worden ist, was gelegentlich zu Zuständen führt, die wir sonst nur aus der Dritten Welt kennen. Zwar sank die US-Arbeitslosenrate in den 90er Jahren insgesamt, aber nur deshalb, weil die Anzahl niedrig bezahlter Teilzeitsjobs sprunghaft gestiegen ist.

Es ist die Frage, ob wir die Folgen dieser „Umstrukturierung“, immer tiefere Gräben zwischen den sozialen Klassen aufzureißen und die soziale Ghettoisierung zu fördern, in Kauf nehmen wollen und ob es auf Dauer überhaupt gelingen kann, die soziale Unzufriedenheit mit zunehmender Repression, die auch die Rechte der (noch) bevorrechtigten Bürger beschneiden wird, in den Griff zu bekommen.

In Verbindung mit der ausschließlich wirtschaftlich vorangetriebenen Globalisierung mit Sonderrechten der USA (→ QBL 25 Globalization takes command und QBL 20 Hegemonie nie) kann man hier **eine Globalisierung der Armut** absehen, die zu einem weltweiten Absinken des Lebensstandards führen muß, der sich auch bei uns derzeit schon durch die Beschneidung der Sozialausgaben / Erhöhung der allgemeinen Abgaben ankündigt.

Der „Markt“ ist da keine Rettung, denn das berufene freie Spiel der Kräfte ist längst dem Recht des Stärkeren gewichen. Die Auslagerung von Produktionen in Billiglohnländer unter Einschaltung von Scheinfirmen, um unsoziale und inhumane Arbeitsverhältnisse und Billigstentlohnung zu verschleiern, muß all denen bekannt sein, die auf teure Löhne in den Verbrauchsgütern setzen. **Die neue Sklavengesellschaft ist bereits installiert!**

Der globale Arbeits-Markt funktioniert immer besser. Auch in Deutschland sind die Folgen zu spüren. 5 Millionen Vollzeitjobs – so wird zuverlässigerweise geschätzt – werden illegal ausgeübt, ein Volumen von 300 Milliarden Euro. Wer 1000 Euro brutto verdient, erhält netto 800 Euro. Er kostet den Arbeitgeber aber 1200 Euro. So ist zu erklären, dass einerseits Arbeitslosigkeit besteht, andererseits viele offene Stellen nicht besetzt werden können. Ein anderer neuer Nothelfer heißt „Leiharbeit“. Die Wirtschaft hat schon angekündigt, im wesentlichen Umfang solche „verharzten“ Arbeitskräfte einzustellen und dafür entsprechend Festangestellte zu entlassen.

Nein, eine Sicherung für Arbeit und Brot geht nur auf der Basis: